

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. u.

Weiße Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 10 M. ohne Zugriffen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Umt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Girokonto Nr. 3. — Postleitzahl: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die lehrgärtliche Politik 50 Pf. außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (ausser Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingeschickte Reklamen 200 Pf.

Berantwortlicher Redakteur: Paul Lehne. — Druck und Verlag: Carl Lehne in Dippoldiswalde.

Nr. 129

Sonntag den 5. Juni 1921

87. Jahrgang

Beim Herannahen der wärmeren Jahreszeit wird auf die bestehende Gefahr der Entstehung von Waldbränden wiederholt hingewiesen und jedermann die äusserste Vorsicht im Umgange mit Feuer, besonders in Waldungen oder in deren Nähe zur Pflicht gemacht.

Dabei wird folgendes in Erinnerung gebracht:

Das Zigarren- und Zigarettenrauchen, sowie das Rauchen aus offenen Pfeifen in Waldungen außerhalb der Fahrstraße ist verboten. Zu widerhandlungen werden, soweit nicht andere strafrechtliche Bestimmungen Platz greifen, mit Geldstrafe bis zu 30 M. oder entsprechender Haft geahndet. Wer durch Fahrlässigkeit einen Brand in Waldungen herbeiführt, wird nach § 309 des Reichsstrafgesetzbuches mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 900 M. bestraft.

Bestraft wird auch unvorsichtiges Gebären mit Feuer und verweigerte Hilfeleistung bei einem Waldbrande, und zwar wird nach § 368 Ziffer 6 des Reichsstrafgesetzbuches und §§ 31, 32 des Forst- und Feldstrafgesetzes mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 2 Wochen bestraft:

- wer in gefährbringender Weise mit unverwahrttem Feuer oder Licht einen Wald betritt oder sich ihm nähert,
- wer im Walde oder in gefährlicher Nähe eines Waldes brennende oder glimmende Gegenstände fallen lässt, fortwirkt oder unvorsichtig handhabt,
- wer im Walde oder in gefährlicher Nähe eines Waldes unbefugt Feuer anzündet oder unbefugter Weise angezündetes Feuer gehörig zu beaufsichtigen oder auszulöschen unterlässt,
- wer bei Waldbränden von der Polizeibehörde oder dem Waldbesitzer oder ihren Vertretern zur Hilfe aufgefordert, keine Hilfe leistet, obgleich er der Aufforderung ohne eigenen erheblichen Nachteil genügen könnte.

Dabei weist die Amtshauptmannschaft wiederholt auf ihre Bekanntmachung vom 6. Juli 1904 hin, wonach bei Vermeidung von Geldstrafen bis zu 60 M. oder Haftstrafen bis zu 14 Tagen Zündholzer in Haushaltungen stets so aufzubewahren sind, daß Kinder nicht dazu gelangen können, und wonach an Kinder unter 12 Jahren Zündholzer nicht verlaufen noch sonst abgegeben werden dürfen.

Das vielfach beobachtete Abgrenzen alten Graswuchses hat wiederholt zur Beschädigung angrenzender Waldbestände geführt. Es besteht die Gefahr, daß ein solcher Brand weitergreift. Der Urheber ist dann unter Umständen schadenshaft und strafbar (§§ 308,

309, 3686 des Reichsstrafgesetzbuches, § 31 des Forst- und Feldstrafgesetzes vom 26.2. 09). Derartige Brände müssen, soweit sie überhaupt gefahrlos und zulässig sind, wenigstens während der ganzen Brandzeit ausreichend beaufsichtigt werden.

Die Ortsbehörden haben darüber zu wachen, für tunlichste Verbreitung dieser Bekanntmachung Sorge zu tragen und Zu widerhandlungen unanfänglich zu bestrafen oder bei der Amtshauptmannschaft anzugeben.

772 C

Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 1. Juni 1921.

Stadt-Girokasse Dippoldiswalde.

Umfang 1920: 121 500 000 Mark.

Geschäftszeit: Werktag 1/29—1/21 und 2—3 Uhr, Sonnabends nur 1/29—1/21 Uhr.
3 % Zinsen bei täglicher Verfügung.

Ausführung von Überweisungen in jeder Höhe nach allen Orten Deutschlands.

Keine Kosten. Keine Spesen.

Vermittlung von An- und Verkäufen von Wertpapieren.

Kostenlose Einziehung von Scheinen.

Fernsprech-Anschluß Nr. 2 und 21. Postleitzahl Dresden Nr. 113 217.

Gemeinde-Verbands-Sparkasse Schmiedeberg

Montags bis Freitags vormittags 8—1 und nachmittags 3—5 Uhr,
an Tagen vor Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr
nachmittags geöffnet.

Die Einlagen werden vom Tage nach der Einzahlung bis zum
Tage vor der Rückzahlung verzinst.

Bewahrung und Verwaltung minderjähriger Wertpapiere.

Gemeindekonto-Nr. 2. Postleitzahl Leipzig Nr. 27040.

Fernsprech-Anschluß Nr. 27 Amt Ripsdorf.

Als Mitglied der öffentlichen Lebensversicherungsanstalt der Sparkassen ist die Sparkasse
Vermittlungsstelle für Lebens- und Rentenversicherungen.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses zu Dippoldiswalde

In der am 3. d. M. unter dem Vorsitz des Amtshauptmanns v. d. Planin abgehaltenen 8. diesjährigen öffentlichen Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde umfaßte die Tagesordnung nebst Nachtrag 48 Punkte. Der Vorsitzende begrüßte die Mitglieder, von denen Dekonometrat Welde-Oberhänsel und Stadtrat und Lagerhalter Nölke-Altenberg entschuldigt und Rechnungsführer Wallrath-Kreischa unentbehrlich erschienen.

Vor Eintreten in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende zunächst Gelegenheit, auf den neuen Wandtisch im Sitzungssaal hinzuweisen, der in Gestalt eines Delgemäldes „Ritter Georg mit dem Drachen“ vom Ministerium des Innern anstelle der beiden früheren Königsbilder der Amtshauptmannschaft zur Verhügung gestellt worden sei. Ein weiteres Bild werde voraussichtlich später noch nachfolgen. Im Namen des Bezirksausschusses dankte der Vorsitzende dem Ministerium des Innern, das auf diese Weise ermögliche, die sonst kahlen Stellen des Sitzungsaales wieder mit Bildern zu bedecken. Das sei auch, wie er schon in der letzten Sitzung zum Ausdruck gebracht hatte, von vornherein der einzige Zweck gewesen. Umso weniger verständlich sei ein kürzlich in Nr. 113 der „Dresdner Volkszeitung“ erschienener Artikel, der sich mit seiner Person und dem Aufhängen der Königsbilder befaßte. Gewöhnlich werde er niemand eine noch so schwere, sachliche Kritik seiner Handlungen verübeln. Aber was sich der Artikelbeschreiber dort an Unwahrheiten, Verdrehungen und Geschäftskräften leiste, sei doch ein starkes Stück und verdiente niedriger gedünkt zu werden.

Nach Eintreten in die Tagesordnung berichtete der Vorsitzende unter Hinweis auf die vom Kommunalverband bereits veröffentlichte Bekanntmachung über die Aufhebung der Milch- und Butterzwangsirtschaft und die damit in Zusammenhang stehende Rentierung des Verkehrs mit Milch und Butter.

Mit der Kündigung des nunmehr überflüssig gewordenen Milchrevisor erklärte sich der Bezirksausschuß einverstanden. Die Anregung, im Bezirk während des Sommers und des Herbstes ein oder mehrere Kommandos der Landespolizei zur Sicherung der Ernte 1921 zu stationieren, wurde umso mehr begrüßt, als dadurch dem Bezirk oder den Gemeinden keinerlei Kosten erwachsen sollen.

Weiter berichtete der Vorsitzende über die inzwischen an die Gemeinden mitgeteilte Verordnung des Finanzministeriums betr. der diesjährigen Verpflichtung von Oft an den Staatsstrafen und über eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums, wonach in Zukunft die Neuauflage von Notgeldscheinen mangels Bedürfnisses nicht mehr genehmigt werden wird, und endlich über eine Verordnung der Kreishauptmannschaft, worin den Bezirksverbänden zur Pflicht gemacht wird, größere Ausgaben nur zu genehmigen, wenn hierfür noch Deckung vorhanden ist. Genehmigt wurden die Neufestsetzungen der Gehälter der Gemeindenvorstände zu Oberstrauendorf, Beerwalde, Börsdorf b. L. Liebenau, Johnsbach, Hermsdorf b. D. und Lungkwitz, die Nachfrage zu den Gemeindesteueroberungen für Göbken, Beerwalde, Luchau, Oehsen, Kreischa, Schmiedeberg, Niederstrauendorf, Berthelsdorf und Döbra, die Verabschaffung der Armenkasse in Niederstrauendorf mit der Gemeindekasse selbst, die Ortsgefechte für Reinhardtsgrima, Hartmannsdorf und Preßendorf über die Erhebung von Ortsabgaben von sogenannten Sommerfrischlern, die Aufnahme eines Tilgungsdarlehns von 300 000 M. bei der Sächsischen Lebensversicherungsanstalt Dresden durch die Stadt Glashütte, den 4. Nachtrag zur Wasserleitungsordnung der Stadt Frauenstein, die Aufnahme eines Darlehns von 3000 M. seitens der

Gemeinde Saida und die Einziehung des von dem Berenth-Paulsdorfer Fußweges nach dem Berenth-Ruppendorfer Fußweg führenden öffentlichen Fußwegs.

Befürwortet wurde die Vereinigung des selbständigen Gutsbezirks Staatsforstrevier Rechenberg mit dem selbständigen Gutsbezirk Staatsforstrevier Nassau und der 1. Nachtrag zur Fabrikant-A.-Co.-Mende-Stiftung in Dippoldiswalde.

Die Leihgebühren für Benutzung des Bezirkswasserwagens wurden auf die gleiche Höhe wie beim Staate, nämlich auf 8 M. für Gebäudefläche und auf 16 M. für Private pro Tag festgelegt, der Gemeinde Kreischa eine Beihilfe für Umweltverschäden aus Bezirksmitteln bedingungsweise bewilligt, 2 Rekurse aus Glashütte kostenpflichtig verworfen und von einer Neufestsetzung der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Angestellten- und Arbeiterversicherung mit Rücksicht darauf, daß eine solche erstmals erfolgt ist, jetzt abgeschlossen. Außerdem noch auf zwei das Wettspiel betreffende Angelegenheiten, sowie auf 5 Gefüsse um Bewilligung von Sonderunterführungen Einschließung gesucht worden war, nahm der Bezirksausschuß noch Kenntnis von der Vereinigung des Altersgutes Bärenstein mit der Gemeinde Dorf Bärenstein und vermochte wegen der von der Stadtgemeinde Glashütte für ein Fabrikunternehmen daselbst übernommenen, aber zeitlich begrenzten Bürgschaft weder eine bleibende Verbindlichkeit noch auch sonst eine Genehmigungspflicht anzuerkennen.

Örtliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Landwirte, versichert die Ernte gegen Hagel! rufen wiederholt denselben zu. Die Zeit der Gefahr ist angebrochen. Bedroht sind alle Gegenenden ohne Ausnahme. Wer sich vor Verlust bewahren will, der versichere seine Ernte zur rechten Zeit.

Heute vormittag entgleisten beim Rangieren des Güterzuges zwei Wagen, sodass der 11-Uhr-Zug von Hainsberg nicht einfahren konnte. Der Verkehr wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Wir wollen nicht versehnen, nochmals auf die Hauptversammlung des hiesigen Bezirks-Obstbau-Vereins hinzuweisen, die am morgenden Sonntag nachmittag halb 4 Uhr in „Stadt Dresden“ stattfindet. Herr Wanderlehrer Pfeiffer spricht, wie bereits erwähnt, über: „Die wirtschaftliche Bedeutung des Klein-Gartenbaus.“

Der Wohltätigkeitsabend zum Besten der notleidenden Kinder unserer Stadt, zu dem vor einem Vierteljahr der Stadtrat die Mitwirkung aller jungenfrischen und kundigen Damen und Herren von Dippoldiswalde erbat, wird nicht, wie vor kurzem geschrieben wurde, in Verbindung mit der Tagung des sächsischen Forstbeamtenvereins Dienstag den 21. Juni abgehalten werden, sondern als selbständige Veranstaltung bereits am voraufgehenden Sonntag den 19. Juni abends 7 Uhr im Schülensaal. — In dem Bemühen, dabei möglichst Gutes und Schönes zu bieten, hat man seit vor Ostern schon wöchentlich zwei, ja drei Abende geopfert. Ein größerer gemischter Chor, zu dem sich über 70 Sängerinnen und Sänger aus allen bürgerlichen Kreisen unserer Stadt zusammengezlossen haben, sowie 60 Sänger der drei bürgerlichen Männergesangvereine und ein gemischtes Doppelquartett

wollen bei dieser Gelegenheit miteinander wetteifern, die Besucher durch deutsche Lieder an eine Quelle geistiger und körperlicher Kraft und Gesundheit, unser deutsches Volk, zu führen. Eine ganz besondere Freude wird es für Musizierfreunde sein, zu erfahren, daß es gelungen ist, drei sehr zusammengesetzte Künstler, deren Ruf über die Grenzen Dresdens hinausreicht, im Trio (Violin, Cello und Klavier) hören zu können. Wer Sinn für wahre Musik hat, dürfte schon um dieser Kammermusik willen nicht fehlen. Zudem ist eine Verlosung von Gaben geplant, die mit dem für die Besucher des Abends sich anschließenden Tanz erwünschte Abwechselung bieten soll. Hoffen wir, daß die vielen Opfer an Zeit, Geld und Kraft, die sich alle Ausführenden zu Nutzen der guten Sache lassen lassen, durch recht zahlreichen Besuch gelohnt werden!

Die Stern-Lichtspiele bringen am morgenden Sonntag das Drama „Hans Eul oder die verhängnisvolle Kette“, sowie ein gutes Lustspiel zur Darstellung.

Wir machen an dieser Stelle auf den am Montag den 6. Juni stattfindenden Vortrag des Bundes der Kämpfer aufmerksam. Der Vortragende, Herr Max Däubrich, ist uns durch seine vor einiger Zeit in Schmiedeberg gehaltenen religiös-philosophischen Vorträge als ein hervorragender Redner bekannt, welcher sein Gebiet sowohl hinsichtlich der Sprachtechnik als auch des logischen Aufbaues und der Beweisführung in einer Weise beherrscht, durch die er selbst seine schärfsten Gegner zum Schweigen zwinge. Es ist jedem warm zu empfehlen, diese Vorträge, die geeignet sind, manchem Schwankenden einen festen Halt zu bieten, zu besuchen. Herr Däubrich sprach vor kurzem in Dresden vor annähernd 2000 Personen.

Zu dem gestrigen Artikel unter „Brandversicherung“, den wir dem „Chemnitzer Tageblatt“ entnahmen, teilt uns das hiesige Brandversicherungsamt mit, daß es sich unter allen Umständen empfiehlt, vor Beantragung einer anderweitigen Schätzung mit dem Brandversicherungsamt Rücksprache zu nehmen.

Die ersten Steinpilze, annähernd ein Pfund, wurden gestern Freitag abend von einem Spaziergänger in der Birkenleite gefunden.

Zum Deuben-Bankraub. Als am gestrigen Freitag vormittag gegen 9 Uhr ein Radfahrer von hier die Strecke Lechmühle-Wendischcarsdorf passierte, traf er einen jungen Chauffeur, der dem dort beschäftigten Straßenwärter erzählte, daß am Hauptbahnhof Dresden sein Auto von zwei Männern zur Fahrt nach Dippoldiswalde gemietet worden sei. Im Walde habe er halten müssen, worauf ihn die beiden Insassen gefesselt in den Strafengraben geworfen hätten und mit dem Auto in Richtung nach Dresden zurückgefahren seien.

Die Maul- und Klauenpest hat in dem letzten halben Monat in Sachsen wieder an Ausdehnung zugemessen. Während sie am 15. Mai in 46 Gemeinden mit 88 Gehöften auftrat, herrschte sie am 1. Juni in 43 Gemeinden mit

126 Gehösten. — Für den Verwaltungsbezirk Dippoldiswalde sind die entsprechenden Zahlen 5, 34 und 6, 71.

— Steuerabzug vom Ruhe-, Witwen- und Waisengeld. Das Einkommensteuer-Ergänzungsgesetz vom 24. März 1921 (RGBl. 1921, S. 313) bestimmt, daß bei Berechnung des Arbeitslohnes nach Monaten der abzugsfähige steuerfreie Teil vom Einkommen nicht mehr wie bisher für den Haushalt vorstand 125 M. sowie für die den Haushaltstellende Ehefrau und für jedes zum Haushalt zählende minderjährige Kind je 40 M., sondern vom 1. April 1921 ab für den Haushaltungsvorstand und dessen Ehefrau je 100 M. und für jedes zum Haushalt zählende minderjährige Kind je 150 M. monatlich beträgt. — Durch diese Erhöhung des abzugsfähigen Teiles des Einkommens steigert sich naturgemäß das Interesse der Ruhegeldempfänger daran, daß diese Abzüge in der gesetzmäßigen Weise vorgenommen werden. — Die Landeshauptkasse als Zahlstelle der Ruhegelder ist nicht ohne weiteres in allen Fällen in der Lage, den Abzug des steuerfreien Teiles für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder gesetzmäßig vorzunehmen, da ihr nicht durchweg bekannt ist, wer von den Ruhegeldempfängern verheiratet ist und wieviel minderjährige Kinder den Haushalt teilen. — Damit nun die Ruhe-, Witwen- und Waisengeld-Empfänger dadurch, daß die Landeshauptkasse über die Familienvorhältnisse der Beteiligten im einzelnen Falle nicht genügend unterrichtet ist, vom Abzuge des steuerfreien Teils für Frau und Kinder nicht ausgeschlossen werden, ist es unbedingt erforderlich, daß alle Ruhegeldempfänger, die aus der Landeshauptkasse Ruhegeld empfangen, umgehend dieser Kasse mitteilen, ob sie verheiratet sind und wieviel minderjährige Kinder, unter Angabe von Geburtstag und Jahr, im Haushalte vorhanden sind. Soweit für die Zeit vom 1. April 1921 ab höhere Steuerabzüge vorgenommen worden sind, als nach dem eingangs erwähnten Gesetz geboten waren, werden diese Steuerabzüge auf spätere Steuerabzüge angerechnet. Weiterhin ist es unbedingt erforderlich, daß die Ruhegeldempfänger der Landeshauptkasse dann sofort Mitteilung zu geben lassen, wenn ein seinem Haushalt angehöriges Mitglied ausscheidet (Tod, Verheiratung oder Wegzug), weil dann für die ausscheidende Person der abzugsfreie Betrag fortfällt. Es wird jedem Ruhegeldempfänger in seinem eigenen Interesse empfohlen, die gewünschten Auskünfte der Landeshauptkasse recht bald zugehen zu lassen.

Kipsdorf. Für den Abend des 2. Juni hatte der hiesige Frauenverein zu einem öffentlichen Theaterabend eingeladen, dessen Reinertrag Verwendung für wohltätige Zwecke Verwendung finden sollte. Das unter der Leitung von Frau Hänsel, der rührigen Vorsitzenden des Vereins, mit großem Fleiß einstudierte 3 aktige Lustspiel "Die berühmte Frau" von Blumenthal und Kadelburg gelangte zur Aufführung und — es sei gleich vorweg gesagt — mit gutem Erfolg, so daß auch die vielen anwesenden Kurgäste lebhaften Beifall spendeten. Frau Hänsel selbst spielte die Rolle der Tante Paula mit viel Liebe und Geschick, während sich die Damen Scheumann, Thomann, Liesel Laubert, Gretel Scheibiz, sämtlich Töchter von Mitgliedern, sowie das Mitglied Frau Tieje in die übrigen weiblichen Rollen teilten und mit Eifer und Hingabe dem Stücke zum Erfolg verhalfen. In sehr dankenswerter Weise hatten sich auch die Herren Petri, Schelpfug und Gemeinhardt zur Verfügung gestellt. Herr Petri, der die umfangreiche Rolle des Barons von Römer übernommen hatte, verdient besondere Anerkennung. Hoffen wir nun, daß der Reinertrag des Abends ein recht großer ist, galt es doch, Mittel zu beschaffen für den Ankauf einer Nähmaschine, die den der Mädchenfortbildungsschule entwachsenen Hausfrauen und Dienstmädchen in der Nähe abenden des Frauenvereins zur Verfügung gestellt werden soll.

Deuben. Zu dem Raub bei der hiesigen Depositenkasse der Deutschen Bank am Freitag vormittag erfährt man noch, daß die acht Banditen fast ausschließlich junge Burschen waren. Nur ein älterer Mann befand sich darunter. Alle führten Handgranaten und geladene Revolver bei sich. Die meisten hatten eine schwarze Maske über ihr Gesicht gebunden. Beim Betreten des Bankraumes, in dem die Angestellten schon erst ihre Tätigkeit aufgenommen hatten, riefen die Räuber ihnen mit lauter Stimme zu: "Hände hoch! Kein Wort reden! Still stehen!" Vorher war der Leitungsdräht des Fernsprechers durchschnitten worden. Von anderer Seite verlautet allerdings, daß, nachdem die Räuber verschwunden waren, die Polizei durch das Telefon vom Überfall benachrichtigt wurde. Der Überfall kam dem Personal so überraschend, daß niemand wagte, den Räubern entgegenzutreten, zumal sie den Angestellten bedeuteten, daß sie auch vor einem Kampf mit der Polizei nicht zurückschrecken würden. Die Herausgabe dauerte nicht länger als zehn Minuten. Sämtliche Angestellten, Damen und Herren, wurden an Händen und Füßen mit Stricken gefesselt. Es ist anzunehmen, daß ein Ortsfunkiger seine Kumpane instruiert und geführt hat. Den Räubern fielen gegen 200 000 Mark in Taschen, wie sie zur Zahlung am Lohnstage gefordert werden, in die Hände. Die Banditen sind in zwei Automobilen, die sie in der Nähe aufgespannt hatten, spurlos in der Richtung nach Tharandt entflohen. Sie durften sich nach Chemnitz oder Leipzig gewendet haben. (?)

Dresden. In einer Sitzung von nur einstündiger Dauer überwies der Landtag am Freitag den Gesetzentwurf über die Regelung der Dienstbezüge der Beamten dem Rechtsausschuß und nahm einstimmig die Regierungsvorlage über die Erhebung der Grundsteuer für das Jahr 1921 an. Nächste Sitzung Dienstag, den 7. Juni 1921, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Ausschußberichte über den kommunistischen Antrag auf unentgeltliche Geburshilfe, Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, Ausführung der Obsitzungen an den Staatsstrafen, sowie Errichtung eines Forschungsinstitutes für Landarbeit in Pommern.

— Das Wirtschaftsministerium bereitet einen Gesetzentwurf gegen den Raubbau in Privatwaldungen vor. Der Grund sollen die übermäßigen Radebeuler Abholzungen sein.

— Die sächsische Regierung beabsichtigt, den berühmten

Großen Garten in Dresden, der seit seiner Entstehung unter staatlicher Verwaltung gestanden hat, abzustehen, da die Verwaltung unter den gegenwärtigen Verhältnissen dem Staat über eine Million kostet und die Stadt Dresden nur einen Zuschuß von 10 000 Mark leistet. Augenblicklich schwelen Verhandlungen zwischen der Regierung und der Stadt Dresden wegen Übergangs der Verwaltung an den Rat der Stadt Dresden.

— Dem Rechtsausschuß des Landtages lagen am Mittwoch zwei Anträge auf Strafverfolgung der kommunistischen Abgeordneten Schneller und Renner vor. Die Staatsanwaltschaft in Zwickau hatte gegen den Abgeordneten Schneller ein Verfahren wegen Hochverrats beantragt. Es handelt sich um Vorgänge in Aue, an denen Schneller beteiligt war, ehe er Landtagsabgeordneter wurde. — Im Falle des Abgeordneten Renner, gegen den auf Antrag der Staatsanwaltschaft Bauhau schon vor längerer Zeit ein Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden war, handelt es sich um die Vorgänge in Zittau, wo Renner seinerzeit dem Fünfzehnerausschuß angehört hatte. Der Rechtsausschuß des Landtages hatte nun darüber zu befinden, ob die Genehmigung zur Einleitung des Strafverfahrens gegen Schneller und die Fortführung des schon schwedenden Verfahrens gegen Renner zu erteilen sei. Die sozialistische Mehrheit lehnte mit 10 gegen 8 bürgerliche Stimmen in beiden Fällen die Genehmigung ab.

— Im Rechtsausschuß wurde der Antrag der linksstehenden Parteien über Verstaatlichung des Hebammenwesens behandelt. Die bürgerlichen Redner wiesen zunächst auf die hohe Belastung der Staatsfinanzen hin, die über 20 Millionen Mark ausmachen würde. Unentgeltlichkeit der Geburshilfe könne man auch auf anderem Wege, wie z. B. durch allgemeine Mutterschaftsversicherung und dergleichen erreichen. Es widerspreche der Psyche der Frau, sich in ihren schwersten Stunden einer zwangsmäßig vorgeschriebenen Hebammen anzuvertrauen zu müssen. Diese Gegengründe wurden durch die Ausführungen des Geh. Medizinalrates Dr. Kehler von der Frauenklinik Dresden unterstützt, der auf die schweren Bedenken einer Verstaatlichung hinwies. Die sozialistisch-kommunistische Mehrheit des Rechtsausschusses beantragte trotzdem, die Regierung zu ersuchen, baldigt ein Gesetz vorzulegen, das eine Reform des Hebammenwesens, insbesondere die Beamtenstellung der Hebammen und damit die unentgeltliche Geburshilfe vorsieht. Die bürgerliche Minderheit beantragt, die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage über zeitgemäße Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Hebammen, insbesondere Sicherstellung eines Existenzminimums, Altersversicherung usw. vorzulegen.

— Für das Wasserwerk Oberlöbnitz-Röhligenbroda treten mit 1. 1. 22 neue Bestimmungen in Kraft. Hierin muß jedes bebaute Grundstück, das Wasser bezieht 40 Mark Satz bezahlen, jedes bebaute Grundstück, das kein Wasser bezieht, 30 Mark. Außerdem kostet jeder verbrauchte Kubikmeter Wasser 1,50 Mark.

Pirna. Die Ortsstrukturkasse erzielte 1920 einen Über- schuß von 584 000 Mark.

Döbeln. Die Mietervereine von Döbeln, Leisnig, Röhrwein, Waldheim, Hartmann, Gericke, Mittweida, Hainichen und Ostrau haben sich zu einem Bezirksverband mit dem Sitz in Döbeln zusammengeschlossen.

Röhrwein. Die Schützengeellschaft in Marbach beging in feierlicher Weise das 100 jährige Jubiläum.

Langenau. Nachts drangen zwei Unbekannte in das Wohnhaus des Wirtschaftsbehörden Alhard Schubert ein und verlangten unter Todesdrohungen die Herausgabe von Geld. Die im Bett liegende Besitzerin übergab den Erpressern annähernd 1000 M., worauf die Räuber unter Drohung das Haus verliehen.

Eichenstein-C. Die Stadtverordneten beschlossen die Einbeziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer, da die Oberbehörde sonst die Genehmigung des Regulatios versagt.

Schwarzenberg. Eine unverhoffte Freude wurde der Familie Spinnler in Neuwelt zuteil. Nach fast siebenjähriger Abwesenheit kehrte vor einigen Tagen der Sohn, der seit 1916 kein Lebenszeichen mehr von sich gegeben hatte, in die Heimat zurück. Er war in russische Gefangenschaft geraten und nach Sibirien geschafft worden. Von dort ist er mit einigen Kameraden geflohen und nach schweren Strapazen und Irrfahrten endlich wieder in die Heimat gelangt.

Klingenthal. Obwohl das städtische Elektrizitätswerk am 1. April die Licht- und Kraftstrompreise um 50 Pf. für die Kilowattstunde herabgesetzt hat, hofft und wünscht man doch, daß der Stadtrat alsbald die weitere Herabsetzung der Strompreise einer Prüfung unterzieht.

Bischofswerda. Die Errichtung eines Ferngaswerkes steht hier unmittelbar bevor, wie Bürgermeister Kühn in der letzten Stadtverordnetenversammlung mitteilte. Zur besseren Ausnützung der Kohlen sei nötig, daß sich die Gemeinden zur Gasversorgung von einem höheren Werke zusammen schließen. Je größer das Werk, desto rationeller arbeite es. Ein Gaswerk mit 10 000 Kubikmeter brauche nicht viel mehr Arbeiter wie ein solches von 5000 Kubikmeter. Das städtische Gaswerk sei veraltet und müßte einer gründlichen Erneuerung unterzogen werden, die mehrere Millionen kosten würde. Bischofswerda will daher mit Radeberg, Großröhrsdorf, Pulsnitz und Kamenz in der Form einer G. m. b. H. einen Gemeindeverband zu einem gemeinsamen Ferngaswerk bilden. Die Vorbereitungen hierzu stehen vor ihrem Abschluß. In welcher Gemeinde das große Werk errichtet werden soll, steht noch nicht fest.

Schönberg (Oausch). Eine enorme Preisseiterung hat bei den verschiedenen Verkäufen des hiesigen Gasthofes „zum weißen Roh“ stattgefunden. Während vor reichlich zwei Jahren 34 000 M. gezahlt wurden, wurden nachdem der Gasthof sechsmal seinen Besitzer gewechselt hat, jetzt 180 000 M. gefordert.

Bauhau. Zum Tode verurteilte das Schwurgericht den am 13. Juli 1901 in Dresden geborenen Unternehmer Karl Schauberg wegen Mordes. Auf dem Rittergute Groß-Harthau, wo er in Stellung war, hatte er am 20. März d. J.

den Oberschweizer Karl Schleiß in dessen Kammer im Schloss mit einem Balle erschlagen. Darauf hatte er Schrank und Koffer des Erschlagenen geöffnet und 1500 M. gestohlen, war zu Tanze gegangen und hatte die Nacht hindurch gezecht. Als er morgens heimkam, beging er Schleiß' Bett — um die Spuren seiner Tat zu verwischen — mit Benzin und zündete es an.

Plauen. Der hier wohnende 25 Jahre alte zurzeit erwerbslose Kinovorführer Ebert hatte seine von ihm getrennt lebende Ehefrau in der Wohnung aufgesucht und nach kurzem Wiedersehen 7 Schläge auf sie abgefeuert, wovon einer in die linke Halsgegend und einer in den Kopf ging. Zwei Schläge gab Ebert noch auf den im Zimmer liegenden Hund ab, ohne jedoch das bellende Tier zu treffen. Hierauf richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich einen Schuß in die rechte Brust, rechte Schlafse und ins Auge bei. Die Verleihungen sowohl der Frau wie auch des Mannes sind ernster Natur.

Englisch-französischer Gegensatz.

Frankreichs Verschleppungskünste.

Aus London wird berichtet, daß die Boulogner Konferenz über die oberschlesische Frage am Ende der nächsten Woche stattfinden solle. Auch deutscherseitig man, gleichzeitig die östlichen Fragen zu behandeln, in denen England scheinbar wieder die Führung an sich reißen will. Besonders in der oberschlesischen Frage haben die Engländer scheinbar endlich erkannt, daß den jetzigen Zuständen ein möglichst schnelles Ende bereitet werden muß.

So schreiben "Daily News", daß man die Konferenz in dieser Frage möglichst schnell einberufen müsse. Es sei absurd, zu behaupten, daß der Oberste Rat erst nach Wiederherstellung der Ordnung seinen Entscheid fassen könne. Der hauptsächlichste Grund für die jetzigen Zustände sei die Ungewissheit über das Schicksal des Landes. Auch läge es im Interesse des Stabilisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Entente, daß die Grenze baldigst gezogen werde und Deutschland die ihm zufallenden Gebiete befreien würde, nachdem es seinen ernsthaften Willen zur Reparation bewiesen habe. Jeder neue Tag der Ungewissheit bedeute einen Schlag gegen die Wohlfahrt Europas.

"Daily Chronicle" schreibt über den Vorschlag Britlands, eine Sachverständigenkommission einzuführen, daß England unter zwei Bedingungen hierzu seine Zustimmung geben würde. Erstens müsse eine

Vorkonferenz des Obersten Rates

stattfinden, die der Kommission die Aufgabe zu geben habe, und zweitens müsse der Sitz der Kommission in Oppeln sein. Die französische Regierung hat den zweiten Vorschlag angenommen, gegen den ersten aber wegen der parlamentarischen Pflichten Britlands Bedenken geäußert. Es sieht in dessen zu hoffen, daß sie auch in diesem Punkte sich England anschließen werde. Es sieht außer Zweifel, daß die französische Vergesetzungs politik in Oberschlesien die "fait-accompte"-Politik der Korpsantente begünstigt und somit eine schwere Gefahr bedeute, wenn nicht jetzt geeignete Schritte unternommen würden. Vor einem Monat bereits sei der Aufstand, ancheinend mit Einwilligung der französischen Behörden, ausgebrochen. Daher sei ein großes Risiko für die Entente, wenn die oberschlesische Frage noch weiter verzögert werde.

Neue Angriffe der Polen.

Truppenverstärkungen für die Insurgenten.

Wieder haben die Polen auf der ganzen Linie heftige Angriffe unternommen, die trotz teilweise Artillerieunterstützung vom deutschen Selbstschutz abgewiesen wurden. So ist im wesentlichen die Lage unverändert. Das Ausmaß wird gemeldet, daß die Polen dort bedeckende Verstärkungen an Truppen und an Streitkraftmaterial erzielen haben. Die Ausmarschirungen im Kreise Rosenburg. Die Insurgenten führen offenbar den baldigen weiteren Vormarsch der Engländer, der bisher allerdings noch nicht wieder aufgenommen wurde, und wollen deshalb rasch mitmachen, was irgend möglich ist. Sie verteilen ihre Beute auf Postkungen über die polnische Grenze, teilweise auf neuen Übergängen unter den Augen der polnischen Grenzwachttürme. So sind bei Landsberg drei neue Brücken über den Grenzfluss geschlagen, um den Verkehr bewältigen zu können. Dies alles sind wieder neue Beweise für die kriegerische Unternehmung

durch Polen. Aber auch die Franzosen treiben ihre Befreiungspolitik unentwegt weiter. Die Behandlung der Presse ist hierfür der klare Beweis. Denn während die deutschen Blätter durch die Censur gehindert werden, die Wahrheit zu verschweigen, dürfen die polnischen Zeitungen ihre Eigentumserklärungen ungehört in alle Welt verbreiten und damit immer wieder im Lande führen. Die deutsche Regierung hat nunmehr durch Bekanntgabe der amtlichen Dokumente die Schuld der Franzosen, insbesondere des Generals Leclerc, offenkundlich dargelegt.

Zimmerhin scheint jetzt ein Umschwung in der Politik der Interalliierten Kommission infolge zu erfolgen, als man wieder aktiv in die Ereignisse eingreifen will. So hat man Korpsant nicht das von ihm erbetene freie Geleit gewährt. Man hat sich nunmehr auch zu den notwendigen

Entwaffnungsmassnahmen

entschlossen. Aber auch jetzt noch kann sich die Stunde nicht von unparteiischen Gesichtspunkten leisten lassen. So hat er die Entwaffnung des deutschen Selbstschutzes von General Höfner zuerst verlangt. Da diese Forderung abgelehnt wurde, besteht jetzt die Absicht, die Deutschen durch die Franzosen und die Polen durch die Engländer und Italiener entwaffnen zu lassen. Aber auch diese Lösung könnte von den Deutschen nicht angenommen werden, da sie ebenfalls darauf hinauslaufen würde, die Deutschen zuerst zu entwaffnen, während ein wirkliches Niederringen der Insurgenten noch mehr als zweifelhaft sein würde. So haben sich auch alle Parteien mit Einschluß der Kommunisten gegen ein solches Vorgehen gehandelt.

im Schlafe
gestohlen,
indurch ge-
gleich Bett
mit Benzin

Der deutsche Bevollmächtigte ist mehrmals bei der Interalliierten Kommission wegen der endlichen Freilassung des Abgeordneten Hartmann vorstellig geworden. Es wurde ihm versichert, daß Nachforschungen bereits erfolgt seien und daß man von ihrem Ergebnis Mitteilung machen werde.

Politische Rundschau.

Englischer Kabinettstag über Oberschlesien.

London, 2. Juni. Gestern fand ein Kabinettsrat statt, der sich mit der Frage von Oberschlesien und von Angora beschäftigte. In Ergänzung der vor zehn Tagen abgesandten englischen Note ist gestern neuerlich eine Note an die französische Regierung gesandt worden, in der gesagt wird, daß Lord d'Abenon bisher in der oberösterreichischen Frage wertvolle Dienste geleistet habe.

Leipzig im englischen Licht.

London, 2. Juni. "Westminster Gazette" meldet, daß der englische Generalstaatsanwalt Sir Pollock mit Lloyd George konferiert und ihm erklärt habe, man müsse auch den deutschen Richtern Gerechtigkeit widerfahren lassen, zumal die Urteilsurteilung von Kriegsverbrechern nur für Deutschland in Unwendung komme. Er müsse es vom Standpunkt des Rechts und der Gerechtigkeit ablehnen, die Leipziger Urteile als vor eingetragene Entscheidungen zu bezeichnen oder sie zu suspendieren.

Keine Abstimmung in Steiermark?

Wien, 2. Juni. Der Landtag von Steiermark wird vielleicht seinen Beschuß am 3. Juli eine Volksabstimmung in der Frage des Anschlusses an Deutschland vorzunehmen, zurückzuziehen.

Um die Boulogne Konferenz.

Paris, 2. Juni. Die französische Regierung hatte bis gestern abend noch keine Antwort aus London auf die letzte Note über die Einberufung des Obersten Rates erhalten. Dagegen wird der Meinungsaustausch zwischen Paris und Rom über einen vermittelnden Vorschlag fortgesetzt, den die italienische Regierung gemacht hat.

Berlin, den 4. Juni 1921.

— Nach Mitteilung des Reichskanzlers im Reichstag ist wegen der Tagerräte des Nationalverbands deutscher Offiziere ein Hochgerichtsverfahren eingeleitet worden.

— Der Deutsche Handelskongress wird zum erstenmal seit 49 Jahren außerhalb Berlins tagen, und zwar am 21. und 22. 6. M. in Dresden im Anschluß an die große landwirtschaftliche Ausstellung in Leipzig.

— Die Bundesversammlung der deutschen Bürgerräte findet am 11. und 12. Juni d. J. in München statt.

— Amnestieantrag der Sozialdemokraten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, folgenden Antrag zu stellen: "Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkt möglicher Begnadigung nachprüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Mittläufe der Aufrührerbewegung in weitem Umfang zur Begnadigung zu empfehlen." — Ein ähnlicher Antrag der Unabhängigen wurde dieser Tage vom Preußischen Landtag gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Parteien abgelehnt.

— Für die alte Handelsflagge. In Hamburg fand in der Börse eine Protestkundgebung gegen die Einführung der neuen Handelsflagge mit der schwarz-roten Gelben Gösch am 1. Juli statt. An den Reichspräsidenten wurde das dringende Eruchen gerichtet, das Inkrafttreten der Verordnung vom 11. April 1921, soweit sie sich auf die Handelsflagge bezieht, bis auf weiteres auszusetzen.

— Wuchergerichte gegen Landwirte. Vor einiger Zeit ging durch die Presse eine Nachricht, wonach der Präsident der Landwirtschaftskammer Ostpreußen Einspruch gegen die Verurteilung der Landwirte durch Wuchergerichte erhob, die Fleisch zu amtlichen notierten Preisen verkauften. Jetzt liegt eine Entschließung des Zentralvorstandes des landwirtschaftlichen Vereins für Rhein-Breisgau vor, in der die Beschwerde gegen die Urteile der Wuchergerichte führt. Nach der Verfügung des preußischen Staatskommisars für Vollernährung vom 20. Oktober 1920 kommt ein Ein-

schreiben der Wuchergerichte gegen den Kartoffelhandel jetzt dann in Frage, wenn die Preise der amtlichen Kartoffelnotierungen erheblich überschritten werden. Trotzdem werden Landwirte nach wie vor bestraft, die sogar wesentlich unter den notierten Preisen ihre Kartoffeln verkaufen. Als Anhaltspunkt dienen den Wuchergerichten die Bezirkssprengelungsstellen, die in der städtischen Provinz Rheinland überwiegend die Belange des Verbraucher vertreten. Im Interesse der Kartoffelversorgung wird von den Landwirten die Aufhebung solcher landwirtschaftlichen Maßnahmen unbedingt gefordert.

— England hält S. Lloyd George scheint der französischen Verschleppungsfatig nun endlich einmal energisch halt gebieten zu wollen. In seiner Antwortnote auf die letzte Pariser Note bezüglich der nächsten Konferenz des Obersten Rates wird er den unabänderlichen Standpunkt der britischen Regierung nochmals darlegen und jede weitere Verzögerung der endgültigen Entscheidung über Oberschlesien entschieden ablehnen. Lloyd George kann sich hierbei auf die öffentliche Meinung Englands stützen, die, wie selbst die Pariser Presse zugeben muß, der Überzeugung eines großen Teils Oberschlesiens an Deutschland günstig ist. Nach dem "Petit Journal" zeigt sich Lloyd George infolgedessen bisher fastwegs geneigt, dem französischen Standpunkt auch nur die geringste Konzession zu machen. Alles deutet auf einen hartnäckigen Widerstand des englischen Premierministers bei der nächsten Konferenz hin. Außerdem gebe es in London eine immer deutlicher herortretende Strömung, die dahin geht, das Programm der nächsten Konferenz zu erweitern, insbesondere wünscht die englische Regierung die Frage, die Reichskanzler Wirth gestellt hat bezüglich der Aufhebung

der Vollbeschädigungen am Rhein und der Beseitung der Rheinhäfen zu erörtern. Die Pariser Presse wehrt sich natürlich mit aller Macht dagegen, aber angeblich der entschlossenen Haltung Englands, das in diesem Falle die übrigen Alliierten auf seiner Seite weist, wird der Widerstand der Franzosen gegen die Beseitung der Sanctionen bald erlahmen müssen.

— Personenschädigungsgesetz. Der Entwurf eines Gesetzes über den Ertrag der durch den Krieg verursachten Personenschäden (kurz "Personenschädigungsgesetz" genannt) ist dem Reichsrat vorgelegt worden. Dieses wichtige Gesetz will nach § 1 Reichsangehörigen, "die durch den letzten Krieg innerhalb oder außerhalb des Reichsgebietes Schädigungen an Leib oder Leben erlitten haben und nicht zu den nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 verpflichteten Personen gehören", für sich und ihre hinterbliebenen Verpflegung gewähren. Es handelt sich hierauf um die durch den Krieg körperlich verletzten reichsangehörigen Privatpersonen, während das eben erwähnte Reichsversorgungsgesetz für die Militärpersonen in Betracht kommt. Die vom Gesetz vorgesehenen "Schädigungen an Leib oder Leben" können im Inland, in den Kolonien, im feindlichen oder neutralen Ausland verübt sein. Auch sind in dem Gesetz die Schäden berücksichtigt, die deutsche Reichsangehörigen im besetzten Gebiet durch die Besatzungstruppen zugefügt worden sind.

— Die finanzielle Notlage der Gemeinden. Der deutsche Städteitag hat in seiner Vorstandssitzung in Dresden eine Entschließung gefasst, in der die heutige Finanzpolitik des Reiches gegenüber den Ländern und Gemeinden als unmöglich bezeichnet und verlangt wird, daß das Reich schließlich den Städten für die durch die Novelle zum Reichsfinanzvertrag veranlaßten Ausfälle Ertrag leiste; anderfalls sei mit dem Zusammenbruch der Gemeinden zu rechnen. Zugleich wurde beschlossen, eine Deputation des Vorstandes an den Reichskanzler zu entsenden, um ihm die Lage in ihrem ganzen Ernst vorzustellen.

— Ein Abstrünniger. In Paris ist plötzlich der sattsam bekannte oberschlesische Graf Oppersdorf eingetragen, um dort Propaganda für seine geliebten Polen zu machen. Die Franzosen kommen ihm ganz selbstverständlich entgegen und er hat bereits eine Anzahl von Besprechungen mit französischen Ministern gehabt.

— Pariser Schönfärberei. Der Pariser "Tempo" läßt sich aus dem besetzten Rheinland melden, daß die Zollgrenze „tadellos“ funktioniere und auch die deutschen Handelskreise durchaus zufrieden seien. Was die zahlreichen Klagen der deutschen Handelskreise kennt, wird sich verwundert fragen, wie das Pariser Blatt zu dieser unglaublichen Schönfärberei kommt.

— Die religiöse Erziehung der Kinder. Dem Rechtsausschuß des Reichstages lag ein Antrag der Deutschen Volkspartei vor, der die Frage der religiösen Erziehung der Kinder im Hause von Meinungsvorlieben der Eltern regeln soll. Es wurde nach längerer Debatte nur eine prinzipielle Entscheidung darüber erreicht, daß in solchen Fällen das Familienschultheißt um Vermittlung oder Entscheidung anzugeben ist.

— Die Zusammensetzung des preußischen Landtags. Das Preußenhaus zählt nach der neuesten Zusammensetzung 428 Mitglieder, von denen 11 zugleich dem Reichstag angehören. Die mehrheitlich sozialdemokratische Partei ist mit ihren 114 Mitgliedern diestärkste Fraktion, dann kommt das Zentrum mit 84, die deutsch-nationale Volkspartei mit 75, die deutsche Volkspartei mit 58, die vereinigte Kommunistische Partei mit 31, die unabhängige sozialdemokratische Partei mit 28, die deutsch-demokratische mit 26 Mitgliedern. Die deutsch-hannoversche sowie die thüringische Partei des deutschen Mittelstandes verfügen über zwölf Mandate. Der Benjamin des Hauses ist der kommunistische Abgeordnete und Redakteur der "Rote Fahne", Scholz, der gerade über das nach der Verfassung vorgeschriebene Alter von 25 Jahren verfügt. Weitere drei Kommunisten und vier weibliche Abgeordnete der Sozialdemokratie stehen im Alter unter 30 Jahren. 186 Abgeordnete des preußischen Landtages definieren sich als evangelisch, 100 sind katholisch, 126 freireligiös oder religionslos und vier mosaisch. Die Kommunisten sind sämtlich religionslos, von 123 Sozialisten nennen sich 38 Christen.

Rundschau im Auslande.

— Die polnisch-italienischen Verhandlungen in Brüssel sind abgebrochen worden. Die Entscheidung über die Vilnaer Frage wird jetzt dem Obersten Rat zufallen.

— Der bolschewistische Handelsdelegat wußt sich von London aus nach Kanada begeben und dann nach Amerika begeben, um Handelsabmachungen mit der amerikanischen Regierung zu treffen.

— Frankreich: Keine Diskussion über die Einwohnerfrage.

— Die restlose Durchführung der Entwaffnung Deutschlands bleibt nach wie vor die Hauptforderung der französischen Regierung. Außerdem hat der deutsche Botschafter in Paris, Dr. Bauer, nach dem "Matin" in einer Unterredung mit dem französischen Ministerpräsidenten auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Ablösung der Einwohnerwehr in Ostpreußen und Bayern entgegenstehen. Der Botschafter versicherte, daß das Reich keine Vorbehalte machen, und daß Berlin die gegebenen Versprechen auch halten wolle, es verlange nur Geduld und Rücksicht. Berlin gab zur Antwort, die französische Regierung könne Anregungen und Vemerkungen Deutschlands über die Entwaffnung nicht in Betracht ziehen. Sie halte sich an die von Deutschland übernommenen Verpflichtungen und erwartet deren Ausführung.

England: Lloyd George für Aufhebung der Rhein-Zollgrenze?

— Nach der "Chicago Tribune" ist der wirkliche Grund, warum Lloyd George darauf drängt, daß die Konferenz in Boulogne in kurzer Zeit stattfinden soll, der, daß die englische Regierung die Zollschranken auf dem rechten Rheinufer aufgehoben und Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort geräumt seien möchten. Die Engländer, Italiener und Japaner meinen doch, nachdem die Deutschen das Ultimatum angenommen haben und bereit eine Waffenruhe beobachtet haben, sein Grun-

vorhanden ist, Düsseldorf noch weiter zu besiegen. Die amerikanische Ansicht ist die gleiche wie die der Engländer, Italiener und Japaner. Die Franzosen dagegen wünschen, Düsseldorf so lange zu besiegen, bis Deutschland endgültige Beweise für seinen australischen Willen, seinem Versprechen nachkommen, gegeben hat. Darauf will die französische Regierung diese Frage von der Tagesschau ablegen.

— Lettland: Eine „Nordische Entente“.

— Zu der Großen und kleinen Entente wird nunmehr das lettische Gesetz in Finnland treten. Nach einer Sitzung des lettischen Gesetzes in Finnland stehen die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Finnland unmittelbar vor dem Abschluß einer militärisch-politischen Konvention. Dies heißt, daß auch Finnland und Polen bald dieser sog. Nordischen Entente beitreten werden.

Gerichtssaal.

— Freispruch im Mordprozeß Talat Pascha. Zu dem Mordprozeß gegen den armenischen Studenten Tchirian, der seinerzeit den früheren türkischen Großwesir Talat Pascha in Berlin auf offener Straße aus politischen Nachgründen niedergeschossen hatte, verneinten die Geschworenen die Schuldfrage nach vorsätzlicher Tötung. Das Gericht erklärte demzufolge auf Freispruch des Angeklagten.

Das Urteil wurde von den Zuhörern mit minutenlangem Händelnschrei und Bravorufen begrüßt. Als die Verhandlung beendet war, klatschten dann die Befürworter und Freunde des Angeklagten auf diesen zu und beglückwünschten ihn durch Handdruck, Umarmungen und Klisse, was der Angeklagte mit dankbarem Lächeln und glückstrahlend quittierte.

— Für 70 Millionen Mark Heeresgut verschoben. Ein großer Schieberprozeß gegen drei Berliner und zwei Magdeburger Kaufleute wurde vor dem Magdeburger Landgericht zu Ende geführt. Die fünf Angeklagten hatten rund 10 000 Militäristische, wohle Defen, Stahlhelme usw. im Werte von etwa 70 Millionen Mark in Berlin, Halle, Magdeburg, Bernburg und anderen Städten verschoben. Die Berliner Fritz G. und Harry R. wurden zu je drei Monaten Gefängnis und je 25 000 Mark Geldstrafe, der Berliner Gerhard R. zu vier Monaten Gefängnis und 30 000 Mark Geldstrafe, die beiden Magdeburger zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Börsenwirtschaft.

— Wochenbericht der Preisberichtsstelle des deutschen Landwirtschaftsrates. In Deutschland sind seit einiger Zeit für Regierungsberechnung wieder ziemlich beträchtliche Mengen Weizen in der Hauptsache von Nordamerika gekauft worden. Von Mais kommen auf den Regierungsberechnungen gegenwärtig recht annehmbare Mengen zum Weiterverlauf an den Markt, für die sich nicht entsprechende Verwertung für den Augenblick findet. Die Folge davon war, ein ziemlich beträchtlicher Rückgang in den am freien Markt erzielten Maispreisen, wodurch auch die Tendenz für Hülsenfrüchte insfern beeinflußt wurde, als die Käufer sich angesichts des billigen Einstandes des Mais schließlich vom Kauf zurückhielten. Für Raps aus dem neuen Ernte auf Zulieferung, die in der Woche mit einem Preise von etwa 205 Mark für den Bündner eingestellt hatte, ist die Kauflust und die Bewertung diesmal rasch gestiegen, so daß schließlich bis 230 Mark selbst in der Hauptproduktionsregion Schlesien bezahlt und auch sonst dieser Preis geboten wurde.

— Produktionsbericht zu Dresden am 3. Juni Stimmung: Geschäftslös. Mais, ab Lager Dresden, unter 5000 Kilogramm 125 bis 135. Kornsojat 210 bis 240. Timothi, jährl., 270 bis 325. Trockensojat per 50 Kilogramm netto 71 bis 74. Stroh, ab Dresden, 21 bis 24. Heu, lose, jährl., 40 bis 45, ohne Angebot. Heu, nichtjährl., 30 bis 35.

— Herbstmarkt Dippoldiswalde vom 4. Juni 1921.

Von den 14 aufgetriebenen Herbstlern wurden 13 verlaufen zum Preise von 240—300 M.

Letzte Nachrichten.

Lord Northcliffe schätzt die Zahl der kämpfenden Polen auf 60 100 000.

London, 3. Juni. Im Unterhause erklärte Lord Northcliffe auf eine Anfrage über die Zahl der polnischen Aufständischen in Oberschlesien und der deutschen Streitkräfte und darüber, ob die Ankunft von vier britischen Bataillonen genügen werde, um die Autorität der interalliierten Kommission wieder herzustellen, die Stärke der polnischen Infanterie werde auf 60 000 bis 100 000 geschätzt, die der deutschen Verbündeten unter General Hoefer auf 30 000 Mann. Man hoffe, daß die 8 britischen Bataillone, die jetzt auf dem Wege nach Oberschlesien seien, die zur Verfügung der interalliierten Kommission stehenden Truppen in die Lage versetzen würden, ihre Autorität wieder herzustellen.

Der Regierungsrat in Wladivostok.

Paris, 2. Juni. Nach einer Kabelmeldung der "Chicago Tribune" aus Tokio ist die bolschewistische Regierung von Wladivostok durch Aufstand vom 26. v. M. gestürzt worden. Die Aufständischen geben die von ihnen eingesetzte Regierung als republikanisch-demokratisch aus. Die japanische Regierung hat die Anerkennung der von der neuen Regierung gebildeten Milliz unter der Bedingung abgesagt, daß sie sich dem Präsidenten der Regierung unterordne.

Sport-Bericht.

— Fußball. Kommanden Sonntag weilt die 1. Schülermannschaft vom Fußball-Klub Dresden bei der gleichen Mannschaft des Sportvereins Dippoldiswalde 1910 zu Gast. Das Spiel beginnt um 2 Uhr. Es ist ein guter Sport zu erwarten.

— Schlagball. Morgen Sonntag spielt die 1. Mannschaft des Turnvereins Dippoldiswalde (D. T.) gegen die 1. Mannschaft der Vereinigung "ehem. Real Schüler", Dresden, von 11 Uhr in Dresden. (Elbwiesen.)

Kurzettel.			
Mitgeteilt vom Chemnitzer Bank-Verein, Sweigstelle Dippoldiswalde.			
3	Deutsche Reichsbank	1. 6.	3. 6.
3 1/2	"	71,25	72,-
4	"	68,25	67,-
5	"	75,25	75,50
3	Sächsische Rentenbank	77,375	77,375
3	Sächsische Rentenbank von 55 à 100 %	85,-	85,-
3 1/2	"	83,25	84,50
4	"	74,25	74,125
3 1/2	Bankbestands-Renten-Scheine	87,-	87,-
4	"	96,50	97,-
3	Deutsche Rentenbank	96,-	95,75
3 1/2	"	59,625	59,125
4	"	68,75	69,125
3	Landwirtschaftl. Kreisbank	83,-	84,-
3 1/2	"	89,50	89,50
4	"	103,-	103,-
3	Landwirtschaftl. Kreisbank, Ar. br.	81,25	81,25
3 1/2	"	96,87	97,-
4	"	96,87	97,-
3	Bank Witten.	195,75	184,75
3	Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Leipzig	201,25	201,50
3	Chemnitzer Bank-Verein	208,-	208,-
3	Commerz- und Privatbank	309,25	311,-
3	Deutsche Bank	226,-	224,50
3	Dresdner Bank	106,-	106,-
3	Östlicher Bank	233,75	278,25

Ein Posten schöner
Salatbestecke
Kaffeeservices
Hans Pfutz, Dippoldiswalde,
Obertorplatz

Heute frische Wurst,
Vfund 5 Mark.

Rohschlachterei Paul Lieber.

Brut-Eier

von schwarzen
Minora-Hühnern,
bestes Gegeckeln, hochprämiert,
auf Schönheit und Gegeleistung
gesichtet, empfehlt

Lohe, Kohlenhandlung.

N.B. Verkauf einen Stamm
Minora-Hühner
und junge blaue
Straußentanzen.

Frisch eingetroffen!

■ Hühnerfleisch mit Zwiebeln,
■ Preißelbeeren,
■ Marzipan,
■ Zwiebelhonig,
■ Sirup, & v. d. 3 M.
empfehlt

Johannes Richter,
Herrngasse.

Aktiengesellschaft
Gübenpflanzen

gibt ab
Paul Jönichen, Reichstadt 83.

Babyflocke,
ein Paar

Hochhäufigstielzel (Nr. 39.)
zu verkaufen. Zu ersch. i. d. Geschäft.

Ein guterhaltener

Kinderwagen
ist zu verkaufen in
Schleedorf, Pößnitzstr. 15 g.

Schirme

werden repariert und neu be-
gogen bei

Paul Schwind,
Schmiedeberg.

Sohlenhoner,
verschiedene Zwecken,
Gummibagsche,
Holzbagsche,
Leisten,
Sedersensel,
Einlegzähnen,
empfehlt billig

Max Arnold,
Dippoldiswalde,
gegenüber der Post.

Auch werden Felle zu Pelzen,
Betttvorlagen usw. zugeschickt.

Empfehle mein reichhaltiges
Lager in

Ein sauberes, liebliches
Stubenmädchen
wird für sofort oder später gesucht.
Mit Zeugnissen vorzutragen.

Frau Brendel,
Rittergut Rohr-Dresden.
Telephon:
Amt Dresden 20 780.

Suche zum sofortigen Antritt
einen

Knecht,
17-18 Jahr.
Reinhardtsgrima, Gut 87.

Asthma
kann geholfen werden. Sprech-
stunden in Dresden, Wallen-
straße 15, II., jeden Montag
von 11-1 Uhr.
Dr. med. Alberts, Spezialarzt,
Berlin S. W. 11.

Rind-Häute,
Kalb-
Ziegen-
Fleder-
Reh-
Kanin-
Hasen-
Raben-

Felle
faust
zu höchsten Tagespreisen.

Max Arnold,
Dippoldiswalde,
gegenüber der Post.

Auch werden Felle zu Pelzen,
Betttvorlagen usw. zugeschickt.

Empfehle mein reichhaltiges
Lager in

Schuhwaren
aller Art zu billigsten Preisen.
Reparaturen schnellstens
und preiswert

Max Heckmann,
Schuhmacher-Meister, Riphof f.
• Zigarren, Zigaretten •
bekannte Marken.

Weisse Kinderschuhe,
Gr. 29, einmal getragen und
gelbe Kinderschuhe,
Gr. 25, preiswert zu verkaufen.
Markt 83 II.

**Schlacht-
pferde**

faust
Herrn Schärer, Rohschlachterei,
Dippoldiswalde, Markt 28.

Telephon 80.
Bei Röschlachter sofort zur
Stelle. Reitstall nach vorhanden.

Max Arnold,
Dippoldiswalde,
gegenüber der Post.

Laufladen
liest
Carl Zehne

Achtung! Radfahrer!

Fahrräder werden wieder emailliert und vernietet!
Eigene Emaillier-Anlage, daher keine unnötigen Spesen nach Dresden.
Konkurrenzlos billig. Pa. Deden u. Schlüsse, neue u. gebrauchte Räder.
Emaillier-Anstalt Boyer & Koch, Altenberger Straße 185.

Fabrik-Kauf!

Siehe Fabrik mit ca. 1000 qm Arbeitsfläche möglichst mit Wasserkraft bei günstigen Lohnverhältnissen per sofort oder später gegen bar zu kaufen. Offerten u. „C. 3. 2210“ an Albrecht Haasestein & Vogler, Leipzig, erbeten.

Erfendorfer Kübelpflanzen

verkauft von Montag an
Borwerk Reinholdshain.

Runkelpflanzen

verkauft Ernst Weinhold, Reichstadt 53. Tel. 201.

Erfendorfer Kunkelpflanzen

verkauft Borwerk Oberhäuslich.

Hermisdorfer Weißkalf

Zementkalf
Mauerziegel
empfiehlt

Braune, am Bahnhof.

Ges. für bald ob. spät. ein gut empfohl. jüngeres Mädchen als
Zweitmädchen

für groß. Haushalt. Reichl. Rost und gute Behandlung. Erstes
Haussmädchen schon 5 Jahre da. Angebote an

Frau Dr. Grüger-Zindeisen,
Dresden-U., Lützschenastraße 17 II.

Einen jüngeren zuverlässigen

Knecht
auf größeres Gut, sowie tüchtigen, zuverlässigen

Schirrmaster,

der Pferde mit übernommt, per sofort gesucht. Angebote mit Lohn-
ansprüchen unter „C. 3. 2.“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Ostfriesische Mutterschafe und Lämmer (Merino)

verkauft Maschinenfabrik Dippoldiswalde
E. Böhme.

Brikettbruch

ist wieder mittenfrei abzugeben

Braune, am Bahnhof.

Der beliebte Wand-Fahrplan

der Linie Hainsberg-Ripdorf ist zum Preise von 50 Pf.
wieder zu haben in der

Buchdruckerei Carl Zehne.

Hilmes Kreissägen „Saxonia“

zum Lang- u.
Quersägen.
Säge mit
Weißmetall-
sutter und
Ringbeschle-
bung, erstl.
Tischler- und
Maschinenarbeit
hergestellt und
lieferbar.

Walter Hilmes, G. m. b. H.,
Motorenfabrik, Dippoldiswalde.

Tafel- und Spiegelglas

u. w.
Billige Bezugsquelle.
Täglicher Eingang
von Waren
aller Art zu bedeutend herab-
geleiteten Preisen.

Carl Heyner
Markt 24.

Erika Wegert
Alfred Mende

Verlobte

Dippoldiswalde

Heidenau-Süd

Tanzpalast zur „Talsperre Malter“.

Heute Sonntag

großes Ballfest.

| Stimmungsvolle Dekoration.

| Anfang 4 Uhr.

Im Garten: Frei-Konzert!

Anfang 2 Uhr.

Mittwoch den 8. Juni

Reunion

Anfang 7 Uhr.

Hierzu laden ergebenst ein

W. Schmiede.

Gasthof Naundorf

Heute Sonntag

feine Ballmusik

Neu! Die Schmiede im Walde. Neu!
Es laden ergebenst ein

Paul Wächter und Frau.

Gasthof Sadisdorf.

Heute Sonntag

feine Ballmusik

Es laden ergebenst ein

Willi Schmidt.

Gasthof Ruppendorf.

Heute Sonntag

feine Ballmusik

Es laden freundlich ein

Rudolf Schneidew.

Gasthof Berreuth.

Heute Sonntag

starke Besetzte Ballmusik

Hierzu laden freundlich ein

Bruno Peschel und Frau.

Gasthof Hirschbach.

Heute Sonntag

feine Ballmusik

Es laden ergebenst ein

Karl Altsche und Frau.

Jugendverein „Einigkeit“ Beerwalde.

Sonntag den 5. Juni (Anfang 4 Uhr)

Gäste, durch Mitglieder eingeführt, herzlich willkommen.

D. W.

Turnverein Dippoldiswalde (D. T.)

<p

Wichtige Briefe.

Die „Diplomatischen Aktenstücke zur Geschichte des Entente-politik der Kriegsjahre“, welche kürzlich vor dem ehemaligen Sekretär der falschlich russischen Botschaft in London, V. von Siebert, herausgegeben worden sind, bringen erneut den Beweis, daß militärische Abmachungen zwischen den Generalstäben und Marinekommandobehörden von Großbritannien, Frankreich und Russland bestanden haben, die schon bei drohender Kriegssgefahr ein einheitliches Vorgehen der Entente sicherstellen.

Diese Tatsache läßt sich aus mehreren Dokumenten nachweisen. — Wir wollen hier nur die schlagendsten Beweise anführen:

Der Brief des französischen Botschafters Paul Cambon in London an Sir Edward Grey vom 23. November 1912 enthält Folgendes:

„Durch Ihren gestrigen Brief vom 22. November haben Sie mich daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Militär- und Marinebehörden Frankreichs und Englands von Zeit zu Zeit miteinander beraten haben... Ich bin ermächtigt, zu erklären, daß, im Falle einer der beiden Regierungen schwerwiegenden Grund hat, den Angriff einer dritten Macht oder eine Störung des allgemeinen Friedens zu befürchten, die betreffende Regierung möglichst mit der anderen die Frage prüfen sollte, ob ein gemeinsames Vorgehen der beiden Regierungen angezeigt wäre, um den Angriff zu verhindern, oder den Frieden zu erhalten.“

Die militärischen Abmachungen werden weiter illustriert durch einen Brief des russischen Botschafters in London, Vendendorf, an den russischen Außenminister Sazonow vom 5./8. Mai 1914:

„Es handelt sich demnach um eSSL. militärische Abmachungen zwischen Russland und England, gleich den zwischen Frankreich und England bestehenden. Letztere würden uns vertraulich mitgeteilt werden, worauf die russische Regierung der englischen analoge Vorschläge zu machen hätte, welche sich der Natur der Sache nach mehr auf die Marine als auf das Landheer beziehen würden.“

Noch klarer spricht sich das Schreiben des russischen Außenministers an den russischen Botschafter in London vom 15./28. Mai 1914 aus:

„Auf dem nördlichen Kriegsschauplatz verlangen unsere Interessen, daß England einen möglichst großen Teil der deutschen Flotte in der Nordsee festhält, dadurch würde die erdrückende Übermacht der deutschen Flotte durch die unfrige ausgleichen werden und es vielleicht gestattet sein, im günstigsten Falle eine Landung in Pommern zu unternehmen. Sollte es möglich sein, diese Operationen zu unternehmen, so würde die Ausführung wegen mangelnder Transportkapazität in der Ostsee außerordentlich erschwert werden. Die englische Regierung könnte uns daher wesentlich helfen, wenn sie es ermöglichen würde, vor Beginn der kriegerischen Operationen eine bestimmte Anzahl von Handels Schiffen in unsere baltischen Häfen zu schaffen, damit der Mangel an Transport Schiffen auf diese Weise ausgeglichen wird.“

Wenn auch die militärischen Abmachungen, welchen sowohl den maßgebenden Stellen von London, Paris und Petersburg bestanden haben, in diesen Dokumenten nicht näher ausgeführt werden, so ist doch zweifelsfrei erwiesen, daß das militärische und maritime Zusammenspiel der drei Entente-Länder sichergestellt war, sobald nur eine „Störung des allgemeinen Friedens“ (?) zu befürchten war.

Sieht man die ungünstige strategische Lage Deutschlands und seine im Vergleich zur Entente unzureichende Kriegsrüstung in Betracht, so begreift auch der Laien, daß nach Ausspruch der russischen Mobilisierung sich die strategische Lage für Deutschland von Stunde zu Stunde verschlechtert und Deutschland nach vollendetem russischen Aufmarsch an der Ostgrenze des Reiches schon besiegt gewesen wäre, wenn es nicht den Versuch gemacht hätte, durch einen Angriff einer sofortigen Niederlage zuvorzutreffen.

Man kann dies als ein Verhängnis sowohl für Deutschland als für den Weltfrieden überhaupt betrachten, die Tatsache bleibt trotzdem bestehen, daß Deutschland durch die russische Mobilisierung in Verbindung mit den bestehenden militärischen Abmachungen der Entente in eine Lage versetzt wurde, die Deutschland die Freiheit des Handelsraums und es im Interesse seiner eigenen Sicherheit dazu zwang, Russland und Frankreich der Krieg zu erklären.

Die Prestige-Politik Frankreichs.

Auch dem französischen Volk wohnen zwei Seelen in der Brust. Seit 1789 tritt es gern als das Volk der Freiheit auf, mit demokratischen Gedanken, scheinbar ganz von den Idealen der Menschlichkeit berauscht und bereit, für diese Ideale zu sterben. Über vor 1789 hat es eine Epoche Ludwigs XIV. in Frankreich gegeben, und nach 1789 eine Zeit Napoleons I. Und dieser Louis-Napoleonische Geist sitzt diesem Volke auch tief im Blute, tiefster als sein Freiheitsbrauch und seine Humanitätsbegeisterung.

Gegenwärtig ist die eine Seele deutlich der andern über. Die als sehr demokratische Herren emporgestiegenen Minister, denen die Advoletengesetz viel natürlicher ist als die Imperatorengesetze, gefallen sich in Kraftausdrücken, die wahrscheinlich Millionen französischer Herzen immer von neuem höher schlagen machen. Was hat Herr Aristide Briand, dieser ehemalige internationale Sozialdemokrat, in den letzten Wochen nicht alles an Pathos mit Stimmwechsel geleistet! Deutschland wird an den Argen genommen, der Freiheitsvolk zeher wird geschickt, Deutschland muß variieren, wir sind die Sieger, — das sind so die Redeblüten, an deren Duft sich die feurige Rasse erfreut. Demokratie? Volkerbefreiung? Humanität? Du liebe Zeit, es kommen vielleicht einmal wieder Stunden, in denen man auch diese schönen Dinge anrufen wird. Aber jetzt steht ist alles auf das Prestige gestellt.

Ein wundervoller Begriff, dieser Prestige-Begriff. Ein falscher Grunder des berechtigten Nationalgefühls

da jedes gesunde Volk besitzt. Und auch jenes Wohlens, den unser deutscher Dichter ausgesprochen hat: Nichts würdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig sieht an ihre Ehre! Aber diese Prestige-Politik wie sie neuerdings Herr Briand ganz offen bekannt ist etwas ganz anderes. Sie ist die Politik des nationalen Gebenwahns, der Selbstüberhebung eines Volkes als sei die Ehre dieses einen Volkes viel kostbares als die Ehre anderer Völker. Das ist eine Illusion zu uralten Vorstellungen, zu den alten Zeiten, in denen ein Volk seinen besonderen Nationalgott hatte und sich über die Götter und über die Sitten und Bedürfnisse der anderen Völker erhob. Das ist vor allem jene Volksnerosität, die immer zu Kriegen, zu Katastrophen geführt hat. Und diese Politik bekennt gegenwärtig der französische Minister. Zwei Jahre nach dem Kriege, in dem die zwei tugendhaften Nationen, die sich gegenseitig Deutschland zusammen getan hatten, bekanntlich den deutschen Hochmut austrotzen und dann eine ganz neue Welt auf den Trümmern des zerstörten Deutschlands aufbauen wollten. Du liebe Zeit! Deutschland ist in Trümmer geschlagen. Die neue Welt? Herr Harding droht jedem Volk das Nordamerika bekleidigen zu wollen, schwerste Unheil an, und Herr Briand gibt als Beweggrund seiner Politik das Prestige Frankreichs an. Das sieht der alten Welt verkehrt ähnlich. Da ist wenig Neues zu bemerken. Und darum wird auch wohl der Lauf der Welt der alte bleiben: Hochmut kommt vor dem Fall! Und wer sich dünken läßt, er siehe, der sehe wohl zu, daß er nicht falle!

Zucker oder Süßstoff?

Die Verhältnisse des Krieges haben nicht unerhebliche Milderungen der Bestimmungen des Süßstoffgesetzes vom 7. Juli 1902 gebracht. Diese Milderungen zu einer dauernden Einrichtung zu machen, scheint die Veranlassung zur Vorlegung des Entwurfes eines neuen Süßstoffgesetzes, der dem Reichstag vor kurzem vorgelegt ist, gewesen zu sein.

Nach der Erfindung des Sacharins im Jahre 1884 nahm die Fabrikation ganz besonders in Deutschland einen immer größeren Umsatz an. Es wurden dann noch weitere Süßstoffe entdeckt, so z. B. Tulzin, Zuckerin usw., die teilweise eine noch größere Süßkraft als das Sacharin, das die Süßkraft des Zuckers schon um das 500fache übertroffen, hatten. Durch die immer weiter am sich greifende Verbreitung des Sacharinenusses wurde einmal dem Zuckerrübenbau erheblich Abbruch getan, dann aber wirkte der übertriebene Sacharinenuß auch gesundheitsschädlich auf die Bevölkerung ein, denn man sah dem Sacharin eine schädliche Wirkung auf den Körper nach, insfern, als der intensive Genuss desselben die Verdauungsfunktionen beeinträchtigte. Durch die Verwendung von Sacharin, das bekanntlich unverdaut durch den Körper durchgeht, werden die Geschmacksnerven des Publikums absichtlich getäuscht, denn sie erwarten bei den Konsumen den Anschein, als ob ihnen wahrhafter Zucker zugesetzt würde, während man ihnen für ihr gutes Geld einen unverdaulichen Stoff zuführt.

Diese Verhältnisse führten dazu, daß das Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902 zustande kam, das am 1. April 1903 in Kraft trat.

Die in dem Gesetz enthaltene starke Beschränkung der Verwendung von Süßstoffen wurde im Laufe des Krieges durch Verordnungen nicht unerheblich gemildert. So wurde die Verwendung zugelassen bei der gewerblichen Herstellung von Limonaden, natürlichen und künstlichen Fruchtfäden, fruchtartigen Getränken aller Art, Dunkelzucker, Schaumweinen, Likören, Obst- und Beerenweinen, kosmetischen Mitteln, überzähligem Bier usw. Daneben wurde die Reichszuckerstelle ermächtigt in Fällen dringenden Bedarfs auch noch zu allgemeinen Zwecken, d. h. zum allgemeinen Verbrauch an Kommunalverbände Süßstoff nach Maßgabe der verfügbaren Bestände abzugeben. Nenerdings wurde auch noch durch Verordnung vom 25. November 1920 der Absatz einer bestimmten Höchstmenge unmittelbar an Verbraucher ohne Bezugsschein zugelassen.

Der neue Gesetzentwurf will zwar grundsätzlich für die Zukunft an der durch das Süßstoffgesetz von 1902 eingeführten Beschränkung der Herstellung von Süßstoff festhalten, es soll jedoch die jetzt zugelassen erweiterte Verwendung von Süßstoff voraussichtlich noch eine zeitlang beibehalten werden, bis eine ausreichende, mindestens den früheren Friedensbedarf erreichende Versorgung der Bevölkerung mit Zucker wieder möglich ist.

Wenn es auch in der Begründung behauptet wird, daß bei der Preisberechnung des Süßstoffes dieser Preis im angemessenen Verhältnis zum Preis des Zuckers stehen soll, so hat die Landwirtschaft doch alle Veranlassung gegenüber dem neuen Gesetz im höchsten Grade mißtrauisch zu sein. Zweifellos bedauert es gegenüber dem Gesetz von 1902 einen Abbau, und zwar ohne Beschränkung. Nach dem alten Gesetz, d. h. bis zu Kriegsbeginn, war in Deutschland nur eine einzige Fabrik zur Herstellung von Sacharin zugelassen (die anderen Fabriken waren seinerzeit stillgelegt und abgefunden worden). Diese eine Fabrik entsprechend scharf zu kontrollieren, war nicht schwierig. Während des Krieges ist die Erfahrung zur Süßstofffabrikation dann auch an andere Fabriken gegeben worden, die sich allerdings verpflichteten müssen, bei einer späteren Entziehung der Erlaubnis auf eine Entschädigung zu verzichten. Nun besteht aber, wie es scheint, die Absicht, auch unter dem neuen Gesetz nicht bei einer Fabrik zu belassen, sondern mehrere Fabriken zunächst weiter produzieren zu lassen. Darin liegt zweifellos eine große Gefahr, denn die Tätigkeit mehrerer Fabriken bedingt ohne weiteres auch eine Ausdehnung der Herstellung von Süßstoffen und bedeutet damit eine Gefahr für die rübenbauende Landwirtschaft und für die Volksgesundheit. Dieser wird besser gedeihen, wenn es gelingt, die Bevölkerung wieder in genügender Weise mit Zucker zu versorgen, und das wird möglich sein, sobald man sich dazu entschließt die Zwangswirtschaft für Zucker endgültig aufzuhören.

Ergebnissen für die Industrie drückt Goethes Jahr

Die Landrankassen.

Goslar, den 25. Mai 1921.

Die Verbandsstagung des Allgemeinen Verbandes Deutscher Landrankassen, zu welcher mehr als 450 Teilnehmer aus allen Teilen des Reiches hier eingetroffen sind, hat heute im „Bürgergarten“ hierbei begonnen. Die Verhandlungen leitet der Verbandsvorsitzende Abgeordneter Dr. Krüger. Allerhöchsten zahlreichen Reichs- und Staatsbehörden, viele landwirtschaftliche Organisationen, auch der Verein für ländliche Wohlfahrt- und Heimatpflege und andere der Landrankassen nahe stehende Körperschaften haben Vertreter entsandt. Die Grundlagen der Verhandlungen des ersten Tages bildeten Vorträge erster Fachleute: „Arbeitsgemeinschaften der Versicherungssträger und Pflichtkassenverbände“ behandelte Ministerialrat Geh. Reg.-Rat Dr. Schulz aus dem Reichsministerium. Ministerialrat Dr.-Reg.-Rat v. Geldern vom Preußischen Wohlfahrtsministerium sprach über „Besoldung der Krankenkassen-Angestellten und das Sperrgesetz“. Gegenberichterstattung erfolgte durch den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Krankenkassen-Vorstand und Angestellten Walter Böck. Hochinteressant gestaltet sich das Referat des San.-Rat Dr. Schöll München (Leipziger Aerzteverband) über die „Kontrolle der kassenärztlichen Tätigkeit“. Die engen Beziehungen zwischen Krankenkassen und freiwilliger ländlicher Wohlfahrtspflege wurden durch Deponierer länderländer ausführlich und Nützlichkeiten für eine Zusammenarbeit aufgestellt. Neben „Krankenförderung auf dem Lande“ berichtete Geh. Med.-Rat Dr. Nickel auf Grund langjähriger Erfahrung. Als Ort der nächsten Verbandsstagung wurde Detmold gewählt. Die Tagung zeigt wie der Landrankassen-Gedanke ständig erstaunt.

Premiens Riesendefizit.

Berlin, 2. Juni.

Nahm 2,4 Milliarden Fehlbetrag.

Der neue preußische Finanzminister Gömöri hat sich für seine Jungfernrede die wenig angenehme Aufgabe ausgesucht, den neuen Haushaltssatz im Landtag zu begründen und in Verbindung damit die trostlose Finanzlage Preußens zu schildern. Der Staat schlägt in Einnahmen und Ausgaben mit 16,7 Milliarden ab, während die Schlusssumme im Vorjahr nur 9,6 Milliarden Mark betrug. Der Ausgabenbedarf ist somit um rund 7,1 Milliarden Mark höher als der Ausgabenbedarf von 1920.

zwischen Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Fehlbetrag von 2,3 Milliarden, genau 2,390 Milliarden Mark, für den die Deckungsmittel noch gefunden werden müssen.

Der Grund für die Steigerung der Ausgaben liegt in der allgemeinen Senkung des Gewerbesatzes, der vor allem auf dem Gebiet der Beamten- und Lehrerbesoldung sehr erheblich höhere Kosten notwendig macht. Außerdem hat der preußische Staat durch die Übernahme von $\frac{1}{4}$ gegen früher $\frac{1}{4}$ der persönlichen Polizeiabschaffung ganz ungeheure neue dauernde Ausgaben übernommen. Die Gesamtsumme der Staatsausgaben für die Beamten- und Lehrerbesoldung, die nach dem letzten Friedenssetz 600 Millionen Mark betrug, ist in dem Voranschlag von 1921 auf 5,8 Milliarden Mark, also fast das Dreifache, gestiegen. Für die Erwerbslosenfürsorge sind 100 Millionen Mark eingesetzt.

Der Minister verkennt nicht, daß bei der Erschließung eigener neuer Steuerquellen vorsichtig zu Werke gegangen werden muß. Wird z. B. auf die Grundsteuer zurückgegriffen, die bisher den Gemeinden zur Verfügung stand, so darf nicht aus dem Auge gelassen werden, daß die finanzielle Not, in der sich Preußen befindet, sich auch bei den Gemeinden zum Teil in erheblichem Umfang bemerkbar macht. Mit der Erhöhung der Einnahmen muß selbstverständlich noch wie vor einer dauernde Einschränkung alter Ausgaben auf das unbedingt notwendige Maß Hand in Hand gehen. Wichtig ist vor allem, daß auch weiterhin an der Vereinfachung der Verwaltung unter möglichster

Einschränkung der Beamten- und Angestelltenzahl gearbeitet wird. Bei dem ganzen Ernst unserer Lage müssen wir uns daran gewöhnen, daß wir künftig Ausgaben kultureller und sozialer Art, die wir bisher als selbstverständliche Staatsausgaben betrachtet haben, nicht mehr wie bisher erfüllen.

Bauernhetze.

Kein Mittel erscheint heute gewissenlosen Leuten schlecht genug, um der Landwirtschaft eins auszuwischen. Es ist allgemein bekannt, daß sich in den letzten Monaten Zettelfnotizen häufen, die zu berichten wünschen daß bei dem Bauern X. die Mäuse einen großen Vorrat von Papiergeleid aufgefressen hätten, daß bei den Bauern Y. 50.000 Mark Papiergeleid geholt werden sei, daß die Forderungen der Landwirte als „Kunstforderungen“ zu kennzeichnen seien oder auch die Finanzbehörden für die Steuerveranlagung besonders scharf zu machen seien.

Wenn man der Sache auf den Grund geht, kann man Ergänzendes erleben. In der „Bauer. Staatszeitung“ erschien am 31. März d. J. eine Notiz folgenden Inhalts:

„Ciringen, den 29. März. Bei einem bösigen Landwirt wurde, während die Hausbewohner bei der Hochzeit des Sohnes waren, eingebrochen und 85.000 Mark Bargeld gestohlen.“

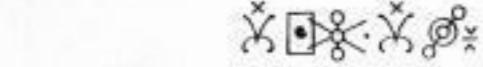
Auf eine Anfrage bei dem Bürgermeister der Gemeinde lief die Antwort ein:

Auf Ihr wertes Schreiben teile ich Ihnen mit daß in meiner Gemeinde kein Landwirt seit einem Jahre Hochzeit hatte, ebenso keine 85.000 Mark gestohlen wurden. Ich glaube, daß man weit auf die Suche gehen müßte, um einen Landwirt zu finden, der so viel Geld zu Hause liegen hat. Mit freundlichem Gruss ges. W. . . . Bürgermeister.“

Im „Oberglinzburger Tageblatt“ konnte man am 1. März lesen:

Am 1. Oktober wird in
Tharandt
eine landwirtschaftliche Schule errichtet.
Anmeldungen müssen bis spätestens 15. Juni 1921 bei der unterzeichneten Stelle unter Beifügung des Gedürkohes und Schulentlassungzeugnisses eingereicht werden.

Direktorium des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Dresden,
Dresden - A., Molteiplatz 4, Erdgeschoss.



Wesentlicher Vortrag:
Materialismus oder Idealismus.
Montag den 6. Juni zu Dippoldiswalde in der "Reichskrone" abends 1/2 Uhr, Anfang 8 Uhr. Eintrittspreis: M. — 99, ausschließlich Steu.r. — Redner: Max Döhring.
Bund der Kämpfer für Glaube und Wahrheit.
(Keine Seite, keine Partei.)
Deutsches Volk erwacht!

Kirschenverpachtung.

Die der Gemeinde Ruppendorf gehörige Rechnung an den Strom von Ruppendorf nach Seerwade, Paulshain u. Somsdorf sollen

Donnerstag den 9. Juni 1921 nachmittags 3 Uhr im Gasthof zu Ruppendorf öffentlich gegen das Weitgebot und unter den vorher bekannt zu gebenden Bedingungen versteigert werden.
Der Gemeinderat.

Maschinenfabrik Dippoldiswalde
E. Böhme, Dippoldiswalde

Tel. 121 Fabrik. Tel. 111 Verkaufsstelle am Markt Nr. 27.

Hauptvertretung der
Ambi- und Reinmetallwerke
Spezialfabriken für Kultur- und Erneuerungsgeräte.
C. A. Klinger, Altstadt-Stolpen,
Spezialfabrik für transportable Drehsägen.
Als besonders preiswert und in vollendetster Ausführung empfehle ich:
Getreidemäher M. 4000,—
Grasmäher, zweispännig „ 3200,—
Heuwender „ 2200,—
Pferdereden, 32 Zint, 2,50 m breit, „Vollautomat“ M. 1700,—
„ 32 „ 2,50 „ „ Halbautomat“ M. 1550,—
„ 32 „ 2,50 „ „ Pflanzmaschine“ M. 1500,—

Besichtigung meines großen Lagers ohne
Raufzwang!

Reparaturen

an elektrischen Maschinen aller Art

führt aus laßgemäß, schnell und preiswert

Elbtalwerk,

Maschinenfabrik G. m. b. H.,
Heidenau - Nord, Bez. Dresden.
Fernsprecher 884.

Lanz-Zentrifugen

von 45 Liter bis 200 Liter, sofort lieferbar.
Umann u. Neutmann, Gelingen im Erzgebirge,
Vertreter für den Bezirk Dippoldiswalde.
Telephon Amt Lauenstein Nr. 91.

Nun merk' Dir endlich, liebe Maus,
Zum Waschtag muss Persil ins Haus!



Denn erstens wäscht es wundervoll, zweitens
schnell und erhält es die Wäsche, und drittens
spart es Arbeit, Seife und Kohlen.

PERSIL

ist das beste selbsttätige Waschmittel!
Oberall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Allerlei Hersteller: Henkel & Cie., Düsseldorf.

Handslepprechen

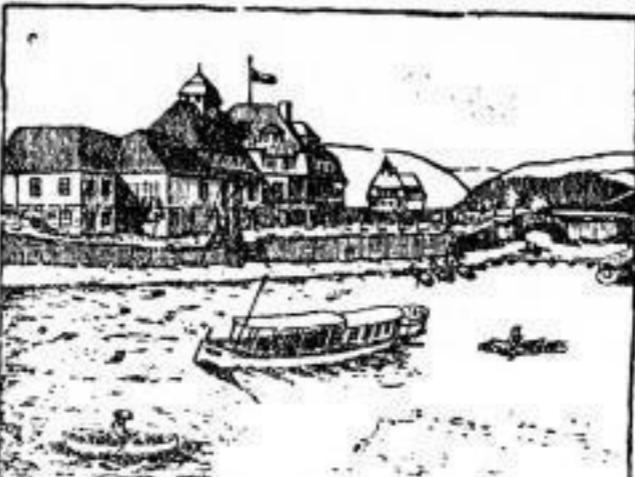
Schrotmühlen

lieferbar in allen Größen und preiswert
Maschinenfabrik Dippoldiswalde,
Erich Böhme.

Telephon für Fabrik Nr. 121,
Telephon für Verkaufsstelle am Markt Nr. 111.



Gebirgshotel „Lugsteinhof“
:: Georgenfeld - Zinnwald ::
880 m ü. M. Restaurant. Unmittelb. an Stundenwellen
Sichtewaldbergen geleg. Prachtvolle Fernsicht. Von
Ripsdorf auf Waldwegen in 2 Std. zu erreichen. Vornehm-
behagl. Reklamationsräume mit Veranda. Ergebtsglimmer.
Auto-Garage. Gr. Stallungen. Bahnhofstationen Ripsdorf und
Geling. Staatsliche Kraftwagen-Linie Ripsdorf - Zinnwald.
Fernspr. Amt Lauenstein 59. D. Jimens, Besitzer.



Oasthof „Seeblick“

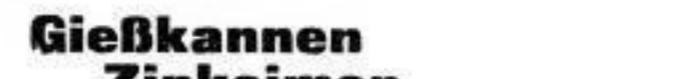
Sonntag

vornehmer Ball

Vorstärkte Kapelle.

Bootsverbindung von und nach Station Mauter
zu jedem Zuge.

! Wo spielt man in Dresden gut und billig?
Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus
Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23
vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.
Inh.: Georg Müller.



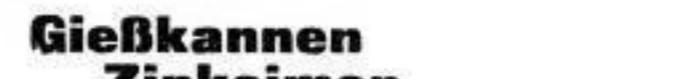
! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



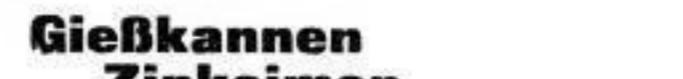
! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



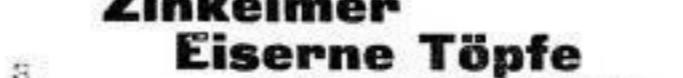
! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.



! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.

! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.

! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.

! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.

! Wo spielt man in Dresden gut und billig?

Braunschweiger Hof Bier- und Speisehaus

Freiberger Platz 11, 3 Min. vom Postplatz, Linie 23

vom Haupt-Bahnhof. Fremdländische Fremdenzimmer.

Inh.: Georg Müller.

